

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Holmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Den unaufhaltsamen Abstieg in der Umweltpolitik der Regierung Kohl sieht der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Michael Müller**, in der Kabinettsbesetzung.

Seite 1

Ein Resümee seiner 13jährigen Arbeit in seinem Bürgerbüro in Neukölln zieht der ausgeschiedene SPD-Bundestagsabgeordnete **Hans-Jochen Vogel**.

Seite 2

Immer noch herrscht im Bundestag eine frauendiskriminierende Sprache, kritisiert die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, **Hanna Wolf**.

Seite 4

49. Jahrgang / 219

17. November 1994

Der unaufhaltsame Abstieg

Zur Umweltpolitik in der Regierung Kohl

Von **Michael Müller MdB**

Umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied im Fraktionsvorstand

So verkrustet und saturiert die Politik von Helmut Kohl auch ist, zu neuen schlechten Überraschungen scheint der Bundeskanzler noch immer fähig zu sein: Frau Merkel, die schon bisher als Ministerin für Frauen und Jugend keine Impulse geben konnte, soll nun Umweltministerin werden. Bisher ist sie nicht einmal rudimentär mit Ideen oder Aussagen in der Umweltpolitik hervorgetreten.

Wenn Frau Merkel Umweltministerin wird, ist dies eine schreckliche Fehlbesetzung. Wie in kaum einen anderen Bereich sind für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen politische Kreativität, Kompetenz und Ideenreichtum erforderlich. Der bisherige Amtsinhaber Klaus Töpfer war zwar durchsetzungsschwach, aber zumindest intellektuell auf der Höhe des Themas. Nicht einmal das ist jetzt noch zu erwarten.

Es paßt nicht zusammen, auf der eine Seite mit großem öffentlichen Getöse durch Zusammenlegung von zwei Ministerien ein sogenanntes Zukunftsministerium zu schaffen, aber in der wichtigsten Zukunftsfrage, der Sicherung der bedrohten Lebensbedingungen, mit Frau Merkel nicht einmal mehr den Anschein von Kompetenz und Bedeutung zu erwecken. Die Bundesregierung verspielt damit auch international weiteres Vertrauenskapital, weil jetzt noch weniger zu erwarten ist, daß die Verpflichtungen des Erdgipfels umgesetzt werden. Und die Umweltminister der anderen EU-Staaten werden den Abstieg von Töpfer zu Merkel sehr wohl als ein Zeichen registrieren, daß die Bundesregierung als angeblicher Vorreiter in der Umweltpolitik jetzt nicht einmal mehr den Anschein aufrecht erhält.

(-/17. November 1994/jr/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Erweiteter Umfang
mit wertvollen Rubriken
Ausschnitt-Paper



Gegen Politikverdrossenheit**"Dreizehn Jahre Bürgerbüro in Neukölln" - Ein Resümee**

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

1.

Mit dem Ablauf der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages scheidet ich aufgrund meines eigenen Entschlusses aus dem Bundestag aus. Damit endet auch meine Tätigkeit als Neuköllner SPD-Abgeordneter, die ich von 1981 bis 1983 im Berliner Abgeordnetenhaus und von 1983 bis 1994 im Deutschen Bundestag ausgeübt habe. Mein Versprechen anlässlich meines Übergangs nach Berlin, der Stadt nicht nur als Regierender Bürgermeister, sondern auch in anderer Funktion zu dienen und ihr nicht alsbald wieder den Rücken zu kehren, habe ich damit erfüllt. Auch durch mein Bürgerbüro, das seine Tätigkeit im Juli 1981 aufgenommen hat und nun mit meinem Weggang - jedenfalls in seiner gegenwärtigen Form - zu seinem Ende kommt. Deswegen möchte ich über die dreizehn Jahre seiner Existenz ein Resümee ziehen.

2.

Zunächst ein paar Zahlen.

In den 13 Jahren ist das Büro von mehr als 46.000 Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen worden. Mit etwa 3.900 von ihnen bin ich selbst in meinen regelmäßigen Sprechstunden zusammengetroffen. Die übrigen haben meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten.

Die Anliegen derer, die in das Büro kamen, verteilten sich auf fast alle Lebensgebiete. Versucht man, sie ein wenig aufzugliedern, so ergibt sich folgendes Bild:

Besucher des Büros

(Stand: 26. September 1994)

Sachgebiete	Besucherzahl	Anteil
Politische Informationsgespräche	12.915	28,0 Prozent
Laufende Kontaktpflege	6.688	14,5 Prozent
Soziales	6.457	14,0 Prozent
Wohnen/Mieten	3.229	7,0 Prozent
Persönliche Angelegenheiten	3.690	8,0 Prozent
Arbeit/Schule	3.921	8,5 Prozent
Ausländerprobleme	1.614	3,5 Prozent
Sonstiges	7.611	16,5 Prozent
Insgesamt	46.125	100 Prozent

Bei den "persönlichen Angelegenheiten" handelte es sich bis zur Wende im Herbst 1989 zu- meist um Ausreisen aus der oder um Besuchsarlaubnisse für die Einreise in die DDR. Das ganze Elend der deutschen Teilung ist mir dabei immer wieder hautnah begegnet.

Bei den sozialen Angelegenheiten standen Renten- und Sozialhilfeprobleme, bei der Späte "Arbeit, Schule, Ausbildung" die Arbeitsplatz- oder Lehrplatzsuche im Vordergrund. Und das "Sonstige" umschließt nahezu alles - von "AIDS-Hilfe" bis "Zivildienst".

Die meisten Besucher kamen aus Berlin, viele aber auch aus der gesamten Bundesrepublik und einige sogar aus dem Ausland. Einer beispielsweise aus Ghana.

Nach der Wende stieg der Anteil der Besucher aus dem Ostteil Berlins und den neuen Bundesländern stark an. Häufig ging es dabei um offene Vermögensfragen.

Worin bestand die Hilfe des Bürgerbüros? Zunächst einmal im Zuhören und im Ratgeben, wo- hin man sich wenden und wie man ein Problem angehen sollte. Dann in Anrufen bei den zu- ständigen Behörden. Und schließlich in unzähligen Schreiben, die ich jeweils nach den Sprechstunden selbst diktierte und notfalls hartnäckig in Erinnerung brachte. Genau läßt sich die Zahl dieser Schreiben nicht mehr feststellen, aber rund 12.000 werden es wohl gewesen

sein. Die Antworten auf diese Schreiben, zu deren Empfängern vom Bundespräsidenten, über den Regierenden Bürgermeister, viele Bundesminister, fast alle Senatorinnen und Senatoren, das Bezirksamt Neukölln und zahlreiche ausländische Missionen und Dienststellen der Schutzmächte, alle nur erdenklichen Behörden und Ämter gehörten, waren in aller Regel korrekt und erkennbar um eine konstruktive Lösung bemüht.

Die Erfolgsquote ist nicht leicht zu quantifizieren. Schätzungsweise wurde in 25 bis 30 Prozent der Fälle dem Anliegen des Besuchers ganz oder teilweise entsprochen. In den übrigen Fällen bestand die Hilfe darin, daß der Besucher einen Partner fand, der ihm nachdenklich zuhörte und seine Sorgen ernstnahm, oder ihm auch deutlich machte, daß in seinem Fall alle Möglichkeiten erschöpft waren und er deshalb in seinem eigenen Interesse einen Schlußstrich ziehen sollte.

3.

Das Bürgerbüro hatte aber nicht nur eine Beratungsfunktion, es war auch Anlaufstelle für viele gesellschaftliche Gruppen, die ihre Projekte vorstellten und um Unterstützung warben. So etwa "Zeynom", ein drogenfreies Jugendcafé, in dem ausländische und deutsche Jugendliche betreut werden oder der Verein "Deutsch-Russischer Austausch e.V.", der sich für verschiedene soziale Projekte zwischen den beiden Staaten engagiert. Manchen konnte ich die Türen öffnen oder doch zumindest die Fortführung ihrer Aktivitäten sichern. Das Ausmaß, in dem sich Einzelne oder auch Gruppen für ihre Mitmenschen engagieren, war immer wieder beeindruckend. Nicht selten hätte ich mir dafür mehr öffentliche Beachtung gewünscht.

Das Bürgerbüro hat aber auch selber häufig Veranstaltungen durchgeführt, um Menschen Anregungen zu geben oder sie ganz einfach zusammenzuführen. An neun Straßen- und Hof-festen, sechs Autorenlesungen, vier Ausstellungen und zahlreichen Diskussionsabenden haben schätzungsweise 20.000 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen. Besonders erwähnenswert sind dabei Veranstaltungen, bei denen schon vor der Wende Künstler und Literaten aus der damaligen DDR mitgewirkt haben.

4.

All das konnte ich nur zum geringen Teil selbst leisten. Geholfen haben mir meine hauptamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, deren Dienstleistung ich aus meiner entsprechenden Abgeordnetenpauschale finanziert habe. Ebenso aber eine große Zahl ehrenamtlicher Helfer, die kamen, weil sie es mit den Grundsätzen und Grundwerten der Sozialdemokratie ernst meinten. Gerne würde ich sie alle namentlich erwähnen. Da dies schwierig wäre, nenne ich stellvertretend für alle Heinz Harting, der mit mir aus München kam und das Büro vom ersten bis zum letzten Tag geleitet hat.

Die Unterhaltung des Büros war naturgemäß über die personellen Aufwendungen hinaus mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Sie wurden vom SPD-Kreisverband Neukölln, von mir als Bundestagsabgeordneter aus meiner Kostenpauschale und von einem Förderverein aufgebraucht, der sich Anfang der achtziger Jahre ziemlich spontan bildete und dem unter dem bewährten Vorsitz von Achim Schulz und dann von Dr. Rudolf Stephan zeitweise über 200 Mitglieder angehörten. Insgesamt haben sich die entsprechenden Aufwendungen in den dreizehn Jahren auf rund 450.000 DM belaufen.

5.

Was die Tätigkeit im Bürgerbüro, die ich auch als Fraktions- und Parteivorsitzender fortgeführt habe, für mich bedeutet?

Sie hat mich vor der Gefahr bewahrt, die Kontakte mit den Sorgen und Problemen meiner Mitmenschen zu verlieren und den politischen Betrieb in Bonn für die Lebenswirklichkeit zu halten. Umgekehrt hat sie es mir aber auch erleichtert, parlamentarische Initiativen in Bonn mit Argumenten aus dem praktischen Leben zu begründen und voranzubringen. So beispielsweise die Auswirkungen des Rentenüberleitungsgesetzes, die zu einer problematischen, pauschalen Diskriminierung ganzer Berufsgruppen führte.

Ich verdanke der Tätigkeit weiter eine nicht geringe Zahl von Erfolgserlebnissen, die mich immer wieder ermutigt und vor dem Gefühl der Vergeblichkeit meines Tuns bewahrt haben. Natürlich gab es solche Erfolgserlebnisse auch in Bonn. Aber die Befriedigung, die sich durch die Gewißheit einstellt, Mitmenschen in einer konkreten Notlage ganz konkret geholfen zu haben, ist durch nichts zu ersetzen.

Schließlich habe ich es nicht zuletzt der Arbeit des Bürgerbüros zu verdanken, daß mir in der Öffentlichkeit ein Maß an Glaubwürdigkeit zugabilligt wurde, das heute für Politiker nicht mehr als selbstverständlich gilt. Das hat meine Unabhängigkeit verstärkt und es war mir auch wichtiger als manche Schlagzeile.

6.

Dieses Resümee ist nüchtern. Sein Inhalt eignet sich nicht für die Geschichtsbücher. Aber es mag zum Nachdenken darüber Anlaß geben, daß der Politikverdrossenheit auch auf diese Weise begegnet werden kann.

(-/17. November 1994/hgs/fr)

"Der Präsident" und "der Schriftführer"
Immer noch frauendiskriminierende Sprache im Bundestag

Von Hanna Wolf MdB
Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Ich muß anläßlich meiner Wahl in den Bundestag feststellen, daß die Sprache der Geschäftsordnung und der Tagesordnung des 13. Deutschen Bundestages immer noch nicht den modernen Erfordernissen der Gerechtigkeit beiden Geschlechtern gegenüber nachkommt.

"Der Deutsche Bundestag hatte am 15. Januar 1993 endlich den Beschluß gefaßt, mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Verwendung der Sprache in Gesetzen und Verordnungen walten zu lassen." Nach diesem Beschluß (Drucksache 12/2775) ist zum Beispiel die Verwendung von "der Präsident" oder "der Schriftführer" als Bezeichnung für beide Geschlechter sowohl in der Geschäftsordnung wie auch auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages (so gesehen auch wieder am 10. November 1994 in Berlin) unzulässig.

Der Beschluß ging unter anderem auf eine Resolution des Deutschen Frauenrates von 1982 (!) und Anträge aller Bundestagsfraktionen aus dem Jahr 1987 zurück. Die daraufhin angestellten umfangreichen Untersuchungen und Empfehlungen haben genügend Material zutage gefördert, daß es keiner weiteren langwierigen Vorbereitungen bedurft hätte, die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages entsprechend gerecht und elegant umzuformulieren.

Ich bin enttäuscht, daß der Beschluß, an dem ich selbst wesentlich mitgewirkt habe, nicht einmal in seiner abgeschwächten Kompromißformel endlich zur Anwendung gekommen ist, insbesondere auch angesichts der Tatsache, daß der Anteil der Frauen im neuen Deutschen Bundestag so hoch ist, wie nie zuvor. Zur Erhöhung des Frauenanteils von 20,5 Prozent auf 26,2 Prozent haben die Unionsfraktionen allerdings nur 0,1 Prozent beigetragen.

Ich fordere Rita Süßmuth in einem Schreiben auf, die Geschäftsordnung des Bundestages sprachlich unverzüglich an die Beschlußlage vom Januar 1993 anzupassen.

(-/17. November 1994/jr/ks)
